

Johann Welsch, Arbeiten in der Informationsgesellschaft. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1997

1. Wir befinden uns mitten im Umbruch des derzeitigen wirtschaftlichen Wertschöpfungssystems. Die bislang vorherrschende Industriewirtschaft wird mehr und mehr durch die Informationswirtschaft als Zentrum des wirtschaftlichen Wachstums abgelöst.
2. Information und Wissen rücken nunmehr in das Zentrum des Wertschöpfungsprozesses. Informations- und Wissensarbeit wird zur wichtigsten Form der Erwerbsarbeit.
3. Die Entwicklung und Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken sind die mächtigste Triebkraft für Veränderungen im Wertschöpfungssystem. Diese neuen Techniken beschleunigen den Wandel hin zur Informationswirtschaft.
4. Aus Sicht der Unternehmen ist es vor allem die Einsparung an Zeit, welche den Hauptvorteil und die Attraktivität der neuen Informations- und Kommunikationstechnik ausmachen. Das ist der Grund für den anhaltenden Prozeß der Verbreitung dieser modernen Techniken. Ergänzt und erweitert wird dieser Prozeß durch die sich ausbreitende elektronische Vernetzung gesellschaftlicher Teilprozesse (ISDN, Internet) sowie die zunehmende Verbesserung technischer Kommunikationsmöglichkeiten im Zuge der Multimedia-Entwicklung.
5. Um die wirtschaftlichen Vorteile der neuen Techniken auszuschöpfen, organisiert das Management die Unternehmensstrukturen grundlegend um: Verkleinerung und Verschlankeung der Organisationsstrukturen (*downsizing, lean production*), Abbau von Hierarchien, Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen, Auslagerung aller anderen Funktionen (*outsourcing*), Aufbau von Netzwerkstrukturen (*Just-in time-Konzept*) usw.
6. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich die anhaltenden Arbeitsmarktprobleme verschärft. Erklärungsversuche hierfür gibt es zuhauf. Sie reichen von der These der „Eurosklерose“ bis hin zu der Behauptung, wir stünden aufgrund der schnellen technologischen Entwicklung vor dem „Ende der Arbeit“ (Rifkin). Einer der wenigen Erklärungsansätze, der versucht, den informationstechnologischen Umbruch mit der langfristigen Arbeitsmarktentwicklung zu verbinden, stützt sich auf die These der „langen Wellen“. Er behauptet, wir stünden an der Schwelle zu einer neuen, durch die Informations- und Kommunikationstechnologien geprägten Welle, die uns wieder spürbar mehr Beschäftigung bringen wird.
7. Langfristige Arbeitsmarktprognosen aus den letzten Jahren können diesen Beschäftigungsoptimismus nicht bestätigen, werden in ihren Ergebnissen allerdings stark von den jeweils getroffenen Annahmen geprägt. Sicher ist: Vollbeschäftigung wird sich auf dem Weg in die Informationsgesellschaft keinesfalls im marktwirtschaftlichen Selbstlauf herstellen, sondern erfordert politische Anstrengungen.
8. Die Informationsgesellschaft wird durch tertiäre Tätigkeiten geprägt werden, jedoch nicht nur im klassisch abgegrenzten Dienstleistungssektor, sondern in allen Bereichen der Wirtschaft. Der Prozeß der Verlagerung von Arbeit in Richtung Dienstleistungserstellung findet in allen hochentwickelten Ländern statt, allerdings bewältigen Japan und die USA den Übergang in die Informationsgesellschaft offenbar schneller als die kontinentaleuropäischen Länder.
9. Innerhalb des Industriesektors verschiebt sich die Arbeit von arbeitsintensiven Niedriglohnindustrien mit geringer Technologieintensität hin zu den Hochtechnologie- und Hochlohnindustrien. Im Dienstleistungssektor verläuft der Strukturwandel in Richtung der unternehmensorientierten und der sozial- und personenbezogenen Dienstleistungen.
10. Eine fundierte Gesamtbilanz der Beschäftigungseffekte von Multimedia liegt bislang nicht vor. Neuere Schätzungen weisen auf positive Beschäftigungswirkungen hin, wobei allerdings der Umfang der Arbeitsplatzgewinne bis zum Jahr 2010 bescheiden ausfällt.
11. Der Weg in die Informationsgesellschaft wird von einem Niedergang der unmittelbaren Produktionsarbeit begleitet. Gleichzeitig kann von einer allgemeinen Ausweitung von Dienstleistungstätigkeiten nicht die Rede sein kann: Die klassischen Dienstleistungsarbeiten wie die Allgemeinen Dienste (Reinigen, Bewirten usw.), Handel/ Verkaufen sowie Bürotätigkeiten stagnieren oder verlieren sogar an Bedeutung. Die Dienstleistungsaktivitäten, die einen gewaltigen Bedeutungszuwachs erfahren, sind Informationsarbeiten aller Art.

12. Hauptziel der Unternehmen ist die Verwirklichung einer „individualisierten Massenproduktion“: Verwirklichung individueller Kundenwünsche unter Beibehaltung der Kostenvorteile der Massenproduktion. Mit der seit einigen Jahren betriebenen „arbeitspolitischen Wende“ wollen sie ihre Flexibilität steigern: Konzentration auf Kernkompetenzen, Verstärkung der horizontalen Kommunikation, flachere Hierarchien, umfassende Nutzung der Arbeitspotentiale der Beschäftigten, mehr Qualifizierung, Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen, Etablierung von weitgehend autonomen Arbeitsgruppen usw.
13. Zwei unmittelbare Folgewirkungen ergeben sich daraus: die Aufspaltung der Beschäftigten in Kern- und Randbelegschaften und ein Anstieg des Niveaus der Qualifikationsanforderungen, mit dem vor allem die Kernbelegschaften konfrontiert werden.
14. Das Zusammenwirken der neuen Unternehmens- und Arbeitsstrukturen mit den sich wandelnden subjektiven Ansprüchen der Menschen an Erwerbsarbeit führt zu neuen Arbeitsformen (Teilzeit-, Leih-, befristete Arbeit, Telearbeit, Selbstangestelltenarbeit usw.) und zur Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“. Damit wird das für die Industriegesellschaft typische Sozialmodell abhängiger Erwerbsarbeit in Frage gestellt.
15. Die „Beschaffenheit“ der Arbeitswelt verändert sich. Die festen Orte, die Arbeitswelt in der Industriegesellschaft ausmachen - Großbetriebe, Verwaltungen, Unternehmen, Arbeitsplätze - , verlieren an Bedeutung. Mit der neuen Technik kann Arbeit räumlich und zeitlich dezentralisiert werden. Virtuelle Unternehmensformen, Kooperation weltweit verstreuter Teams, Arbeit beim Kunden - das sind für die Informationsgesellschaft typische Arbeitssituationen. Arbeit kann in vielen Fällen in den Wohnbereich der Menschen zurückgenommen werden. Wir beobachten eine „Virtualisierung der Arbeitswelt“.
16. Die wichtigste politische Herausforderung der Informationsgesellschaft liegt in der Wiederherstellung von „Vollbeschäftigung“. Allerdings wird es Vollbeschäftigung in der vertrauten Form nicht mehr geben. Notwendig ist eine Debatte über den Inhalt dieser Zielvorstellung. Eine „neue Form“ von Vollbeschäftigung muß verwirklicht werden. Quantitative und qualitative Ziele müssen verbunden werden. Vollbeschäftigung anstreben heißt, alle Bürgerinnen und Bürger soweit an gesellschaftlicher Erwerbsarbeit teilhaben zu lassen, wie sie es selbst wünschen. Würde man den vielfältigen Arbeitszeitwünschen entsprechen, steigerte das nicht nur den gesellschaftlichen „Zeitwohlstand“, sondern brächte auch erheblich mehr Beschäftigung.
17. Weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit stoßen zwar derzeit auf größere Schwierigkeiten, bleiben aber dennoch eine wichtige Strategie der Beschäftigungs- und der Gesellschaftspolitik, deren Spielräume, soweit vorhanden ausgeschöpft werden müssen.
18. Arbeitszeitpolitik beeinflusst die Nichterwerbssphäre, sie muß verbunden werden mit einer ausgewogeneren Verteilung der nicht bezahlten, aber notwendigen Arbeiten zwischen den Geschlechtern und mit dem Streben, Übergänge zwischen verschiedenen Arbeits- und Lebensformen für den Einzelnen zu erleichtern.
19. Andererseits gibt es weltweit ungedeckte individuelle und gesellschaftliche Bedarfe in enormem Umfang, vor allem im Umweltschutz. Ihre Erschließung erfordert Innovationen, ihre Befriedigung erfordert Produktion und schafft Arbeitsplätze.
20. Die weltweite Umverteilung von Arbeit erhält durch die globalisierte Informationsgesellschaft neue Impulse. Dabei ist eine einseitige Abwanderung von Arbeit aus den Hochlohnländern keineswegs ein „naturgesetzlicher“ Vorgang, sondern kann durch offensive Innovations-, Struktur- und Industriepolitiken vermieden werden.
21. Die Ansprüche der Menschen an die Inhalte und Formen bezahlter Arbeit werden sich auf dem Weg in die Informationsgesellschaft weiter verändern. Die Menschen suchen sinnvolle Arbeit, reich an Inhalten und an Abwechslung, mit einem hohen Maß an Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Sie soll Anerkennung vermitteln, die erworbenen Qualifikationen beanspruchen, Lernen herausfordern und soziale Kommunikation ermöglichen. Arbeitspolitik muß diese neuen inhaltlichen Ansprüche berücksichtigen, was durch die herkömmliche, an materiellen Interessen orientierte, Politik der Gewerkschaften nicht mehr ausreichend möglich ist.
22. Die betrieblichen Interessenvertretungen stehen vor dem Problem, daß sich Arbeit, die im Rahmen von betriebsübergreifenden Wertschöpfungsketten geleistet wird, einer betrieblichen Gestaltungspolitik zunehmend entzieht. Der Betriebsrat muß sich zudem auf

- eine hochqualifizierte, selbstbewußte Arbeitnehmerschaft einstellen, was nicht nur fachliche Qualifikationen, sondern oft auch einen Wandel des Kommunikationsstils erfordert.
23. Die Informationsgesellschaft wird stark durch heute noch als „atypisch“ qualifizierte Arbeits- und Beschäftigungsformen geprägt sein: Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeit, Telearbeit usw. Diese Arbeitsformen dürfen von der Arbeitspolitik nicht länger links liegen gelassen, sondern müssen sozial gestaltet werden. Das ist besonders dort schwierig, wo kein Arbeitnehmerstatus vorliegt und „Scheinselbständigkeit“ gegeben ist (Selbstangestellte). Deshalb ist eine Erweiterung des sozial- und arbeitsrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs ebenso notwendig wie die Neudefinition des Betriebsbegriffs.
 24. Um die kürzeren Arbeitszeiten und die vermehrten „Brüche“ in den individuellen Erwerbsarbeitsbiographien, die von den Menschen gewählt werden, zu ermöglichen, müßten die Bürger ein „zweites Einkommen“, ein Sozialeinkommen, aus öffentlichen Kassen beziehen können. Dieses sollte an Gegenleistungen des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft gebunden werden.
 25. Informationsgesellschaften müssen sich zu „lernenden Gesellschaften“ entwickeln, das heißt zu Gesellschaften, in denen Lernen systematisch eingeübt und in gesellschaftlichen Prozessen, vor allem auch in der Arbeit, integriert betrieben wird.
 26. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken sind einerseits ein wesentlicher Faktor für den ständig wachsenden Druck zur Höher- und Weiterqualifizierung, andererseits stellen sie jedoch auch vermehrt Möglichkeiten bereit, diesen zunehmenden Qualifikationserfordernissen zu begegnen: Telelearning, computergestütztes Lernen, adaptive Lernsysteme, Hypermedia-Anwendungen. Bildungspolitik muß die Anwendungsformen dieser neuen Techniken so gestalten, daß sie tatsächlich sinnvolle Lernfortschritte bringen.
 27. Die Tarifparteien müssen im Rahmen des dualen Ausbildungssystem möglichst flexibel neue Berufsbilder für die wachsenden Beschäftigungsfelder entwickeln, um die Attraktivität der dualen Berufsausbildung für Jugendliche langfristig sicherzustellen.
 28. Die Nachfrage der Wirtschaft nach weniger qualifizierten Arbeitskräften wird in der Informationsgesellschaft dramatisch sinken. Gleichzeitig können nicht alle Menschen das geforderte hohe Lerntempo mitgehen. Wir müssen deshalb den Sektor für geringqualifizierte Arbeitsplätze ausdehnen, um neben dem Hochqualifiziertensektor einen dauerhaften Erwerbsarbeitsbereich für weniger Qualifizierte zu schaffen: durch eine ökologische Reform des Steuersystems zur Senkung der Lohnnebenkosten, durch Lohnsubventionen, durch Einführung einer negativen Einkommensteuer, durch „Dienstleistungsschecks“ für private Haushalte und durch öffentlich geförderte Arbeit für gemeinnützige Zwecke.
 29. Um ihre Durchsetzungsfähigkeit in der Informationsgesellschaft zu erhalten, müssen die Gewerkschaften ihre Organisationsfähigkeit neu begründen, zum Beispiel indem sie ihre territorialen Organisationswurzeln, das heißt regionale wohnortbezogene Organisationsformen, ausbauen und versuchen, neue, zusätzliche Mitgliederpotentiale, welche für die Informationsgesellschaft von wachsender Bedeutung sind, zu erschließen (Telearbeiter, Scheinselbständige). Die Frage, ob es den Gewerkschaften gelingt, sich an die Bedingungen der Informationsgesellschaft anzupassen und als schlagkräftige Organisationen zu überleben, ist nicht nur eine Frage der Zukunft der Arbeit, es ist auch eine Frage des Überlebens einer pluralistischen, sozialstaatlichen Demokratie.